



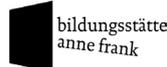
Bundesverband RIAS e.V.
Bundesverband der Recherche- und
Informationsstellen Antisemitismus



kompetenz
zentrum
ANTISEMITISMUSKRITISCHE
BILDUNG & FORSCHUNG



Unterstützende



HASS UND GEWALT IM NETZ JETZT STOPPEN!

Gemeinsamer Handlungsaufruf gegen digitale Gewalt

Wir sind zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Bereichen Online-Sicherheit, antisemitismuskritische Arbeit und Interessensvertretung jüdischer Gemeinschaft. Mit unseren verschiedenen Expertisen leisten wir direkte Hilfe für Betroffene digitaler Gewalt, schaffen Sichtbarkeit von Betroffenenperspektiven und Aufklärung über Hass- und Gewaltphänomene im Netz.

Unsere tägliche Arbeit zeigt: Die Situation ist dramatisch und erfordert sofortiges Handeln!

Wir stellen mit Sorge fest, dass die digitale Gewalt und Hassrede in Deutschland, insbesondere gegenüber vulnerablen Gruppen, ein bislang beispielloses Ausmaß erreicht hat. Antisemitismus und andere digitale Hass- und Gewaltphänomene im Netz, die sich direkt gegen Betroffene und Verbündete richten, nehmen zu, wirken zunehmend bedrohlich und demokratiegefährdend.

Seit dem 7. Oktober 2023 hat sich die Zahl gemeldeter antisemitischer Anfeindungen gegen Personen oder Organisationen im Netz vervielfacht. Jüdische Personen in Deutschland ziehen sich zunehmend aus sozialen Medien und Onlinerräumen zurück. Antisemitische Narrative verbreiten sich in beispielloser Geschwindigkeit, gestützt durch Falschinformationen, Holocaust-Umkehrung, Verschwörungserzählungen und antiisraelische Positionen. Als Katalysator verstärkt Antisemitismus dabei auch weitere Formen digitaler Gewalt, die nicht nur Jüdinnen und Juden, sondern auch andere vulnerable Gruppen betreffen.

Unser gemeinsamer Appell

Wir appellieren gemeinsam **an die Zivilgesellschaft, Politik und Plattformen**, digitale Gewalt und ihre verstärkenden Wirkungen durch die Verbreitung von Hass und Falschinformationen im Netz endlich anzuerkennen und tätig zu werden.

Die Auswirkungen sind real:

- Demokratiefeindliche Kräfte dominieren zunehmend die digitalen Räume.
- Betroffene werden systematisch aus dem öffentlichen Diskurs verdrängt.
- Was im Internet passiert, bleibt dabei nicht im Internet: digitale und analoge Gewalt sind miteinander verbunden. Das Ausmaß der psychischen Belastung für Betroffene ist untragbar, die Gefährdung durch physische Gewalt wird real.

Die Plattformbetreiber nehmen sich der Sache nicht hinreichend an, während Politik ihre Vorhaben nicht konsequent genug umsetzt; und auch die breite Zivilgesellschaft nach wie vor der Bedrohungslage zu passiv entgegentritt. Dabei müssen der Schutz und die Grundrechte für alle gewährleistet sein - auch im Netz. Dies kann nur erfolgen, wenn die genannten Akteure die sich zuspitzende Problemlage ernst nehmen und handeln.

Das zögerliche Handeln aller Akteure zu Hass- und Gewalt im Netz ist besorgniserregend

Plattformen, Politik und Zivilgesellschaft unterschätzen systematisch die Tragweite digitaler Gewalt und Antisemitismus. Es fehlt sowohl das Verständnis für dessen internationale Dimension als auch die Vernetzung der relevanten Expertise.

Die Zivilgesellschaft: Gefährliches Schweigen

Antisemitismus zeigt sich in der Mitte der Gesellschaft immer häufiger, aggressiver und sozial akzeptiert. Ein gesamtgesellschaftliches Bewusstsein für sowie aktive Auseinandersetzung mit dem Ausmaß des israelbezogenen und verschwörungsideologischen Antisemitismus bleibt aus.

- Online-Antisemitismus wird auch in Onlineräumen zu oft als subjektives Empfinden abgetan, statt als messbare Realität Betroffener anerkannt.
- Was Betroffene online wie offline erleben, bleibt dadurch meistens unsichtbar und sie bleiben isoliert zurück.
- Die Mehrheitsgesellschaft nimmt die digitalen Übergriffe und deren Folgen nicht als strukturelles Problem wahr.

Die Politik: Mangelnder Durchsetzungswille

Geltendes Recht wird nur oberflächlich durchgesetzt. Trotz aller Mahnung bleiben rechtliche Grauzonen, die digitale Gewalt fördern, bestehen.

- Der Digital Services Act bietet bereits heute wichtige rechtliche Handhaben für konsequentes Einschreiten, wird jedoch zu langsam und intransparent implementiert. Die zuständigen Behörden sind noch nicht hinreichend in der Lage, die neuen Regeln effektiv durchzusetzen, z.B. wirksame Sanktionen gegen untätige Plattformen zu verhängen.
- Betroffene in relevanten Bereichen bleiben noch weitgehend schutzlos. Es bestehen erhebliche Schwächen bei der zivilrechtlichen Durchsetzung (v.a. Zustellungsrecht, monetäre Kompensation).

- Aufklärung und Transparenz über digitale Gewalt, die Spezifika von Antisemitismus sowie weiterer damit verbundener Formen gruppenbezogener Gewalt und Diskriminierung fehlen.
- Die Erfassung und Bekämpfung digitaler Gewaltphänomene scheitert bereits an unzureichenden Zugriffsmöglichkeiten auf relevante Daten und dort, wo Zugriff möglich ist, an ihrer Qualität.
- Beschwerdestellen und Unterstützungsangebote für Betroffene sind unterfinanziert, um ihre Rechte niedrigschwellig, schnell und wirksam durchzusetzen. Planungssicherheit fehlt.

Die Plattformen: Profitmaximierung statt Verantwortung

Soziale Netzwerke verschärfen die Situation durch ihre algorithmenbasierte Content Steuerung.

- Social Media Unternehmen privatisieren den öffentlichen Diskurs und unterwerfen diesen eigenen Regeln, wobei selbst diese gesetzten Regeln nur unzureichend durchgesetzt werden. Das algorithmen-basierte Geschäftsmodell und mangelnde Moderation verstärken Antisemitismus sowie digitale Gewalt- und Hassphänomene online und infolgedessen offline.
- Über das Bekenntnis der Plattformen zum Schutz vor digitaler Gewalt und Antisemitismus hinausgehende Maßnahmen mit messbarer Wirkung sind unzureichend.
- Es fehlt das Eingeständnis, dass Antisemitismus auf ihren Plattformen weiter Raum findet und die konsequente Beseitigung schädlicher Inhalte und ihre strafrechtliche Verfolgung.

Unsere konkreten Forderungen nach notwendigen Maßnahmen

Wir fordern daher **Zivilgesellschaft, Politik und Plattformen** auf, diese Problemfelder endlich anzuerkennen, Verantwortung wahrzunehmen, und aktiv zielgerichtete Maßnahmen zu ergreifen, um digitaler Gewalt - insbesondere Antisemitismus online und offline - entschlossen entgegenzuwirken.

An die Zivilgesellschaft: aktives Engagement gegen Gewalt!

Wie fordern die Zivilgesellschaft auf, eine aktivere, solidarische Rolle einzunehmen, um Hass- und Gewaltphänomene im Netz und Antisemitismus zu bekämpfen, z.B. indem sich Menschen aktiv in den öffentlichen Diskurs oder in zivilgesellschaftlichen Organisationen einbringen.

Sensibilisierung und Solidarität stärken

- Betroffenen von Antisemitismus online und offline aktiv zuhören und ihre Erfahrungen als reale Bedrohung anerkennen.
- Bewusstsein schaffen für die enge Verbindung zwischen digitaler und analoger Gewalt, um Betroffene besser zu unterstützen.

Digitale Zivilcourage zeigen

- Stärkung des öffentlichen Bewusstseins für Hass im Netz und den wachsenden Antisemitismus als konkrete Gefahr für Demokratie und Gesellschaft.
- Als digitale Zivilgesellschaft aktiv werden: Hassrede systematisch melden, Gegenrede leisten und Betroffenen solidarisch zur Seite stehen.

An die Plattformen: Schutz Betroffener sicherstellen!

Plattformen müssen beim Schutz vulnerabler Nutzergruppen Verantwortung übernehmen und konkrete Maßnahmen zu ihrem Schutz und zur Wahrung demokratischer Werte ergreifen.

IHRA-Definition als verbindlicher Moderationsstandard

- Integration der IHRA-Definition als Maßstab für die Moderation von Plattform-Inhalten.
- Stärkung der Rolle von Trusted Flaggern, um die Moderation von Inhalten zu verbessern.
- Plattformen müssen Rechenschaft für verstärkende Hassbotschaften in Diskussionsräumen übernehmen.
- Stärkung und Training von Content-Moderation, sowie transparente Entscheidungsdokumentation etablieren.

Unmittelbares Recht und Schutzmaßnahmen sofort umsetzen!

- Plattformen müssen bestehende Gesetze (StGB § 130, DSA, Jugendschutz) durchsetzen und zur Schließung von Gesetzeslücken beitragen. Plattformen sollen "safe by design" sein. Community Standards sind zum Schutz von vulnerablen Gruppen zu schärfen. Verbesserung niedrigschwelliger und anonymisierter Beschwerdemechanismen gegen digitale Gewalt und Antisemitismus auf Plattformen.
- Schaffung eines stärkeren und transparenten Daten-Zugang zu algorithmenbasierten Empfehlungssystemen, über Moderationsformen (manuell und automatisiert), damit qualitativ hochwertige Daten für die Forschung zur Bedrohungslage, Akteuren und Narrativen und vor allem für die Rechenschaftspflicht genutzt werden können.
- Die Plattformen betonen oft, dass sie gesetzliche Vorgaben und gerichtliche Entscheidungen befolgen. Allerdings erschwert ihr Firmensitz (meist: Irland) eine gerichtliche Klärung. Verantwortungsvolle Plattformen sollten zusichern, dass Nutzer:innen im Regelfall am jeweiligen Heimatgerichtsstand und v.a. einfacher Verfahren einleiten können.¹

An die Politik: Sofortiges Handeln gegen digitale Gewalt!

Wir fordern die nächste Bundesregierung auf, schnellstmöglich wirksame und nachhaltige Maßnahmen gegen digitale Hass- und Gewaltphänomene im Netz zu beschließen und durchzusetzen.

Gesetzliche Maßnahmen konsequent durchsetzen

- Konsequente Durchsetzung geltenden Rechts und definierter Strafmaße gegen Urheber digitaler Gewaltdelikte, um die Sicherheit im digitalen Raum zu gewährleisten.
- Konsequente Durchsetzung des Digital Services Act (DSA²) mit klaren Handlungsrichtlinien für Strafverfolgungsbehörden, Plattform-Moderatoren und Trusted Flaggern, auch gegen internationalen Druck zum Abbau dieser Regulierung. Nicht durch politischen Druck aus den USA (z.B. Erhebung von Zöllen) leiten lassen.
- Verbindliche Integration der IHRA-Definition als Bewertungsstandard für antisemitische Straftaten im digitalen Raum und ihrer kontinuierlichen Anwendung bei der Politikgestaltung.
- Unverzüglich zu beschließen ist der Gesetzesentwurf gegen digitale Gewalt.

¹ z.B. rügelose Einlassung der Plattformen und freiwillige Benennung inländischer Zustellungsbevollmächtigter

² Siehe [DSA](#)

Finanzielle und personelle Ressourcen erhöhen

- Erhöhung der finanziellen Ausstattung für Betroffenenenschutz durch zivilgesellschaftliche Initiativen und Beratungsstellen, die für von digitaler Gewalt betroffener vulnerable Gruppen, sowie ihre adäquate und nachhaltige Unterstützung eintreten.
- Stärkere personelle Ausstattung von Aufsichtsbehörden, z.B. zur Regulierung von Plattformen und Content Moderation, sowie Staatsanwaltschaften für die Verfolgung digitaler Gewalt. Bereitstellung zusätzlicher Mittel zu ihrer Weiterbildung.

Bildungsoffensive und Sensibilisierung der Öffentlichkeit starten

- Entwicklung von Lehrplänen zur digitalen Gewaltprävention und Integration von Medienkompetenz in allen Bildungsbereichen vom Kindergarten bis zur Hochschule zur Befähigung des Einzelnen im Sinne aufgeklärter und mündiger Bürger.

Die Zeit des Zögerns ist vorbei!

Ohne sofortige Maßnahmen drohen:

- Weitere Radikalisierung des digitalen Raums
- Weitere Betroffene von digitaler Gewalt
- Rückzug von Jüdinnen und Juden und anderen vulnerablen Gruppen aus dem Internet
- Zunehmende Übergriffe auf vulnerable Gruppen nicht nur online, sondern auch offline
- Nachhaltige Schädigung des demokratischen Diskurses
- Ein Internet ohne Grundrechte

Handeln Sie jetzt!

Wir sind überzeugt, dass **ein entschiedenes und sich gegenseitig verstärkendes Handeln von Zivilgesellschaft, Politik und Plattformen** zur Lösung dieser Bedrohungslage erforderlich ist und beitragen wird.

Gemeinsam gegen Hass und Gewalt im Netz

Als **Hub für Cybersicherheit und digitale Resilienz** werden wir:

- Die Umsetzung dieser Forderungen überwachen und dokumentieren
- Betroffene durch Vernetzung, Beratung und Workshops stärken
- Expertise zu Online-Sicherheit bündeln und weitergeben
- Akut auf Bedrohungslagen reagieren

Alle Akteure – Politik, Plattformen und Zivilgesellschaft – werden sich an ihren konkreten Taten messen lassen müssen.

Kontakt für Rückfragen

digitalisierung@zwst.org

[Hub für Cybersicherheit und digitale Resilienz](#)

Frankfurt, 14.03.2025